

Von Alexander U. Mathé

Wien. Heumarkt, Belvedere, Schönbrunn – die Liste an umstrittenen Bauprojekten in Wien wird laufend länger. Der Status Wiener Stätten als Weltkulturerbe ist gefährdet. Die „Wiener Zeitung“ sprach mit Wilfried Pöschl über die Hintergründe. Der Experte in Sachen Kulturerhaltung ist Architekt, emeritierter Professor der Universitäten Linz und Graz und Vizepräsident von Icomos. Diese Organisation hat einerseits gegenüber der Unesco eine Berichtspflicht und berät andererseits die nationalen Behörden in Sachen Weltkulturerbe. Sie fungiert somit als Bindeglied zwischen den Institutionen.

■ ■ ■

„Wiener Zeitung“: Die Fälle von geplanten Bauten, die das Weltkulturerbe Wiener Innenstadt gefährden, häufen sich. Zahlt es sich – wenn man von Ansehen und Ansehlichkeit einmal absieht – für eine Stadt aus, auf den Weltkulturerbe-Status zu verzichten?

Wilfried Pöschl: Es geht nicht nur um diesen Status allein. Da hängt viel mehr daran. Es gibt einen Punkt, ab dem der Ruf ruiniert ist. Wenn eine Stadt Raubbau an den ererbten Schönheiten betreibt, dann besichtigen auch Touristen lieber Orte, die noch in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten sind. Wir bei Icomos schreiben Jahr für Jahr auf, was in Wien passiert. Das ist praktisch eine Chronik der Zerstörung.

Das Projekt am Heumarkt trägt da das seinige dazu bei?

Der Heumarkt ist nicht das einzige Problem in Wien. Da wäre einmal dieses Aufstocken von Gebäuden an allen Ecken und Enden der Wiener Innenstadt. Das verändert entscheidend das Erscheinungsbild. Hinzu kommen diverse Einzelbauten. Beispielsweise in Wien Mitte. Was vielen nicht bewusst ist, ist, dass Wien mit dem Bau des City Towers schon einmal haarscharf am Entzug des Welterbe-Status vorbeigeschrammt ist. Das sind üble Sachen, die in der Häufung schon einmal dazu führen können, dass für Wien ein Schaden entsteht.

ZUM AUTOR



Wilfried Pöschl

war Professor für Architektur und bis 2008 Leiter der Lehrkanzel für

Städtebau der Universität für Gestaltung in Linz. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Vizepräsident des Österreichischen Nationalkomitees Icomos. Foto: privat

„Wir schreiben eine Chronik der Zerstörung“

Weltkulturerbe-Experte Wilfried Pöschl über Stadtbau in Wien.

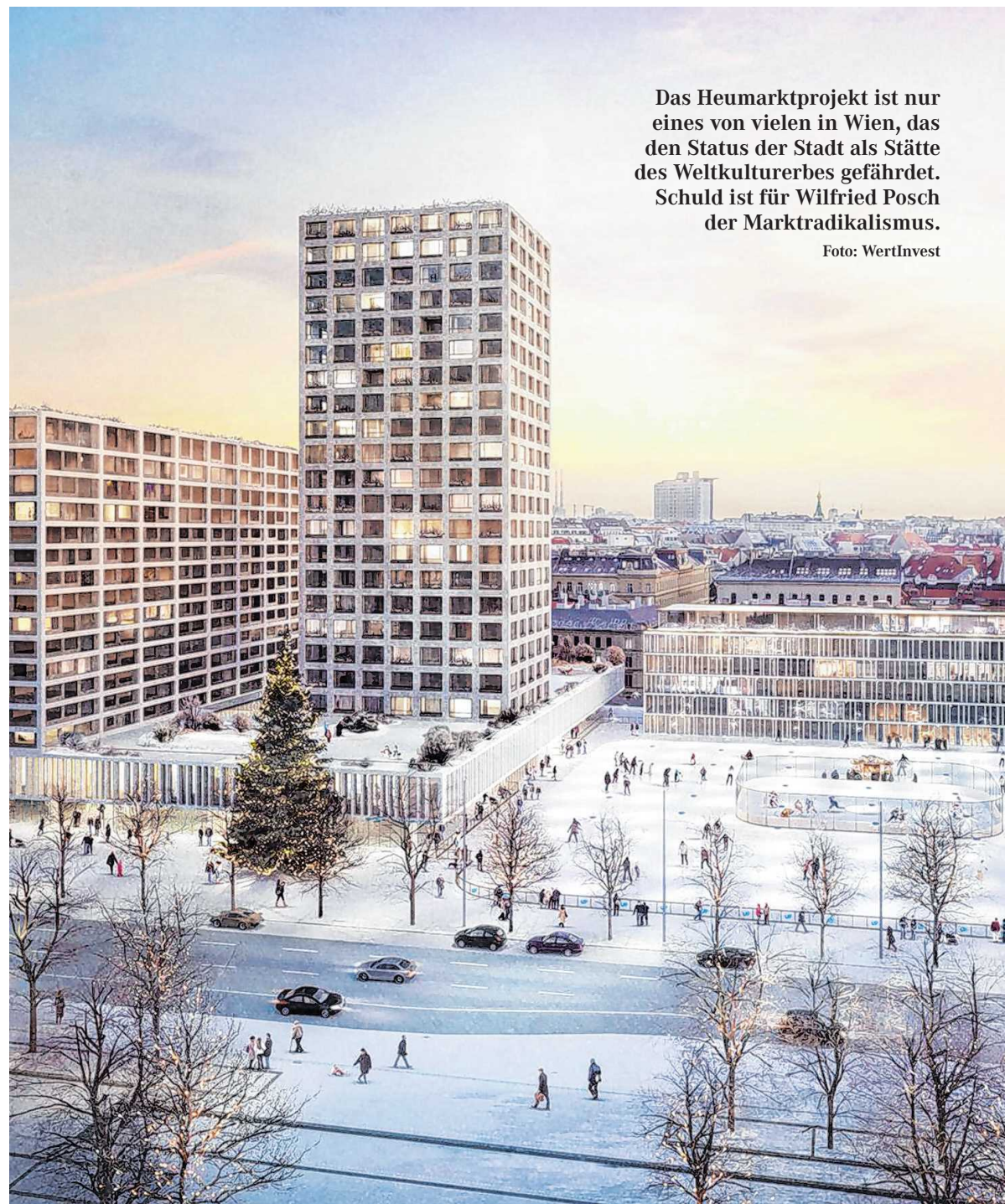
Ihre Organisation, Icomos, ist ja dazu da, die Entwicklungen in Sachen Welterbe zu kontrollieren. Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen Icomos und den österreichischen Behörden?

Wir beobachten die Entwicklung der Stätten und führen Gespräche mit den zuständigen Behörden von den einzelnen Referenten bis zu den Bürgermeister. Die wissen, dass sie bei sensiblen Bauvorhaben schon im Vorfeld nachfragen sollten, ob da eine Welterbeverträglichkeit gegeben ist. In Österreich wird das aber fast nirgends so gehandhabt.

Sondern?

Meist kommt es zu einer Art geheimen Kommandoaktion, mit der man versucht, Tatsachen zu schaffen. Wir werden da gar nicht erst informiert. Der Fall des Schwarzenberggartens beim Belvedere zeigt das sehr gut. Dort soll ein Biergarten entstehen, wobei nicht einmal genau geklärt ist für wie viele Personen. Das Bauwerk befindet sich 150 Meter vor der Stadtfassade des Schloss Belvedere. Außerdem handelt es sich um Parkschutzgebiet. Trotzdem liegen bis auf die Betriebsstättengenehmigung

schon alle Bewilligungen vor. Da wurde von der Stadt Wien alles zugunsten des Investors ausgelegt. In anderen Ländern ist so etwas undenkbar. Stellen Sie sich vor, dass etwa in Versailles, Sanssouci oder Nymphenburg 150 Meter vor der Hauptfassade eine Brauerei einen riesigen Bierbetrieb macht. Beim Heumarkt war es dieselbe Vorgehensweise. Und dann ist Wien von der Unesco auf die Rote Liste gesetzt worden. Bis zum 1. Februar hat Wien noch die Möglichkeit zu zeigen, dass das umgewidmet wird. Ist das nicht der Fall, dann ist damit zu rech-



Das Heumarktprojekt ist nur eines von vielen in Wien, das den Status der Stadt als Stätte des Weltkulturerbes gefährdet. Schuld ist für Wilfried Pöschl der Marktradikalismus.

Foto: WertInvest

nen, dass der Inneren Stadt Wien der Status als Weltkulturerbe aberkannt wird.

In der Stadt Wien sieht man den Bau nicht so dramatisch. Ist das lediglich eine Interpretationsfrage?

Das ist eine komische Einstellung, die Einschätzung von Unesco und Architekten in den Wind zu schlagen. Bei einem Arzt vertraut man ja auch darauf, dass er sich besser bei einer Blinddarmpoperation auskennt als man selbst. Wien hat erklärt, dass es sich bei dem Heumarktprojekt um eine Bereicherung des Stadtbildes handeln soll. Wobei: Das Wort „Bereicherung“ stimmt schon. Nur eben nicht des Stadtbildes. Das ist der Marktradikalismus, der ohne Rücksicht auf kulturelle Zusammenhänge bemüht ist, einen möglichst großen Gewinn herauszuschlagen. Der Heumarkt ist dafür das klassische Beispiel.

Konsequenzen scheinen immerhin keine zu drohen.

Viele Experten sehen in diesem Vorgehen einen Verstoß gegen den zwischen der Republik Österreich und der Unesco geschlossenen Vertrag. Sie legen das als Amtsmissbrauch aus, bei dem die Gemeinderäte, die für die Flächenwidmungsänderung gestimmt haben, einen Rechtsbruch begangen haben.

In Schönbrunn ist auch einiges in Planung. Läuft man dort Gefahr, den Welterbe-Status zu verlieren?

Natürlich. Da wird jetzt ein Willkommensportal im Stile einer Autobahnraststation direkt vor dem Haupteingang von Schönbrunn gebaut. Hinzu kommt noch, dass der alte Botanische Garten in den Tiergarten Schönbrunn eingegliedert werden soll. Dabei ist ganz klar in der Vereinbarung mit der Unesco geregelt, dass der Tiergarten in Bestand und Wertigkeit erhalten werden muss. Der kann also nicht einfach zu einem Safaripark umgebaut werden. Natürlich warnen wir, dass das mit dem Erhalt des Weltkulturerbes nicht vereinbar ist. Aber von der Politik her stoßen wir in solchen Situationen leider so gut wie überall auf Unverständnis. ■

WISSEN

Der International Council on Monuments and Sites (Icomos) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation für Denkmalspflege mit Sitz in Paris. Icomos berät die Unesco zu denkmalpflegerischen Fragen, insbesondere des Weltkulturerbes. Die nationalen Außenstellen (in diesem Fall Icomos Österreich) führen die laufende Beobachtung und Beratung der Welterbestätten durch und fungieren als permanentes Kontrollorgan.

Bürgerinitiativen-Kooperation gegen Heumarkt-Hochhaus

Hoffen auf Kanzleramtsminister Blümel im Kampf gegen drohende Aberkennung des Welterbe-Status.

Wien. Mehrere Bürgerinitiativen haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen das Hochhaus-Projekt am Heumarkt vorzugehen. Bei einer Pressekonferenz am Freitag unterzeichneten die Vertreter von elf Organisationen ein Memorandum, in dem sie an die verantwortlichen Politiker appellieren, alle erforderlichen Maßnahmen gegen die drohende Aberkennung des Welter-

bestatus der Wiener Innenstadt zu setzen.

„Die Aberkennung des Welterbestatus wäre für eine Republik, die sich gerne als Kulturnation bezeichnet, und gerade vor dem Hintergrund des Europäischen Kulturerbejahres 2018 und der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft ab Mitte 2018 eine internationale Blamage sondergleichen“, zeigte sich Christian Schubböck

von der Initiative „Alliance for Nature“ überzeugt.

Das historische Zentrum von Wien wurde im vergangenen Juli von der Unesco auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt. Grund ist das geplante Hochhaus am Heumarkt, das mit einer Höhe von 66 Metern das Innenstadtensemble nach Ansicht der Unesco maßgeblich beeinträchtigt. Bis 1. Februar 2018 hat

die Republik Österreich – der offizielle Vertragspartner der Unesco – Zeit, in einer Stellungnahme auf die Empfehlungen der Unesco zu reagieren. Sollten die Vorgaben des Welterbe-Komitees nicht umgesetzt werden, droht der Innenstadt bei der nächsten Sitzung des Komitees Ende Juni die Aberkennung des Welterbe-Status.

Die Stellungnahme, die im Vorjahr unter der vorherigen Regie-

rung abgegeben wurde, bezeichnete Markus Landerer von der Initiative Denkmalschutz als „lächerlich“. Er erhofft sich nun Unterstützung vonseiten des neuen für Kultur zuständigen Kanzleramtsministers Gernot Blümel (ÖVP). Schließlich werde der Schutz des Welterbes in Österreich als wesentliche Aufgabe im Regierungsprogramm genannt, sagte Landerer. ■